



Rülke und Kern: Inklusion muss nicht nur gut gemeint, sondern auch gut gemacht werden

„Inklusion gehört neben dem demografischen Wandel, der Energiewende und der Konsolidierung unserer Haushalte zu den zentralen Konfliktstellungen unserer modernen Zeit“, lautete eine der vielen treffenden und informativen Aussagen des Liberalen Bildungstag 2014. Über 120 Interessierte, darunter sowohl viele Vertreter der Gemeinden, Städte und Kreise, als auch zahlreiche am Bildungswesen Beteiligte, waren der Einladung der FDP/DVP-Fraktion gefolgt und hatten heute unter dem Motto „Inklusion und Schule - Wege zu mehr Wahlmöglichkeiten für junge Menschen mit Behinderungen“ zentrale Problemstellungen und aktuelle Entwicklungen erörtert und diskutiert. Der Vorsitzende der Fraktion, **Dr. Hans-Ulrich Rülke**, eröffnete den Kongress mit dem klaren Bekenntnis, dass sich die FDP dem Thema „Inklusion“ besonders verpflichtet fühle. Bereits vor vier Jahren hatte sich die Fraktion auf einem Liberalen Bildungstag mit dem Thema Inklusion befasst. „Die wichtigste Aufgabe der Politik ist es, die richtigen Rahmenbedingungen sowohl auf finanzieller, pädagogischer als auch auf gesellschaftlicher Ebene zu schaffen“, so Rülke. Denn jeder junge Mensch hat das Recht auf bestmögliche Bildung und Förderung. Die FDP Baden-Württemberg hat im Jahr 2010 einen Grundsatzbeschluss „Barrierefrei statt Hürdenlauf“ gefasst, der die doppelte Aufgabenstellung in Baden-Württemberg klar umreißt: es gilt, Schulen Inklusionsangebote im engeren Sinne einrichten zu lassen und gleichzeitig die Sonderschulen nicht ins Hintertreffen geraten zu lassen, die sich in ihrer differenzierten Aufstellung eine unverzichtbare Expertise bei der Förderung von jungen Menschen mit Behinderungen entwickelt hatten. **Professor Dr. Clemens Hillenbrand** von der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg hat uns nicht nur aufgezeigt, welche pädagogischen Voraussetzungen für das Gelingen von inklusivem Unterricht zielführend sind, sondern er hat uns dazu angehalten, Inklusion als Prozess zu begreifen, der ausgehend von seinen Bedürfnissen den Einzelnen diesen in seiner Eigenverantwortlichkeit unterstützt. Sein Befund, dass nicht die Schulform, sondern die Qualität des Förderangebots ausschlaggebend sei, ist nach Auffassung von uns Liberalen eine geeignete Richtschnur für das weitere Vorgehen bei der Inklusion. Für die anschließende Diskussion mit dem Publikum berichteten fünf, zum Teil selbst betroffene, Fachleute aus den unterschiedlichsten Perspektiven: Der Appell von **Johannes Fuchs**, Landrat des Rems-Murr-Kreises, die Inklusion im Sinne einer gesamtgesellschaftlichen Aufgabe von Kommunen, Land und Bund anzugehen, ist aus unserer Sicht berechtigt. Das von ihm vorgeschlagene Inklusionsbudget, wie es auch Städtetag und Landkreistag fordern, ist nach unserer Auffassung ein geeignetes Mittel, um die Verantwortlichen vor Ort eigenständig ein gehaltvolles und passendes Inklusionsangebot entwickeln zu



lassen. **Sabine Busch**, Leiterin der Christophorus-Förderschule Tauberbischofsheim, verdanken wir die Vorstellung einer Sonderschule, die durch gezielte Förderung und durch enge Kooperation mit den allgemeinen Schulen der Umgebung ein gefragtes Förderangebot vorhält. **Sigrid Maichle**, Mitglied im Landeselternbeirat, erinnerte uns noch einmal daran, wie unterschiedlich die Bedürfnisse von Kindern sind und mahnte zum Zweck einer gelingenden Förderung kleine Klassen beziehungsweise eine gute Ressourcenausstattung an. **Jutta Pagel-Steidl**, Geschäftsführerin des Landesverbands für Menschen mit Körper- und Mehrfachbehinderung, führte uns noch einmal vor Augen, dass das Recht auf Bildung für Menschen mit Behinderungen hart erkämpft werden musste und erhalten bleiben muss, weshalb sie dafür plädierte, dass das Elternwahlrecht beispielsweise nicht an der mangelnden Barrierefreiheit scheitern dürfe. **Michael Rehberger**, Landesvorsitzender des Verbands Sonderpädagogik, machte schließlich eindrucksvoll deutlich, wie wichtig eine fachlich fundierte sonderpädagogische Ausbildung für eine gelingende Förderung ist. Sein Vorschlag eines Ausbaus der Sonderschulen zu sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentren ist aus unserer Sicht sehr geeignet, um Inklusion vor Ort aus einer Hand zu organisieren.“ In seinem abschließenden Fazit fasste der bildungspolitische Sprecher der Fraktion, **Dr. Timm Kern**, zusammen: „Inklusion muss nicht nur gut gemeint, sondern auch gut gemacht werden. Es geht um die Chance eines behinderten Menschen, sein Leben so selbstbestimmt und frei zu leben, wie es irgend möglich ist. Und es geht um die Freiheit der Eltern, zu entscheiden, wo ihr behindertes Kind unterrichtet werden soll. Bei der Umsetzung der Leitidee eines inklusiven Bildungssystems sollte es keine einzige allgemeingültige Lösung geben. Sondern für jeden Einzelfall soll eine passgenaue Lösung entwickelt werden.“ **Rülke und Kern** über den Liberalen Bildungstag 2014: „Den überaus fundierten Fachvorträgen der sechs Referenten und der Diskussion mit den über 120 Teilnehmern des Liberalen Bildungstags 2014 entnehmen wir von Seiten der FDP/DVP-Fraktion den eindeutigen Auftrag an die baden-württembergische Landespolitik, zügig mit der Entwicklung eines Rahmens für den Ausbau der Inklusion zu beginnen. Wir werden deshalb erneut unseren Vorschlag einbringen, dass sich alle vier im Landtag vertretenen Fraktionen bei diesem wichtigen gesellschaftspolitischen Anliegen gemeinsam an die Arbeit machen. Wir erhielten bei unserem Bildungstag zahlreiche Anregungen, die wir Liberalen hierbei einbringen wollen.“